

Antrag

der Abgeordneten Kai Gehring, Dr. Frithjof Schmidt, Claudia Roth (Augsburg), Özcan Mutlu, Beate Walter Rosenheimer, Katja Dörner, Dr. Franziska Brantner, Maria Klein-Schmeink, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Doris Wagner, Dr. Tobias Lindner und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine Internationalisierungsstrategie von Wissenschaft und Forschung, die Pluralität und Freiheit schützt, Grenzen überwindet und Zusammenhalt stärkt

Der Bundestag stellt fest:

I. Der Bundestag wolle beschließen:

Weltweit arbeiten Forscherinnen und Forscher in vielfältigen Projekten grenzüberschreitend zusammen auf der gemeinsamen Suche nach Erkenntnis. Die Wissenschaftsbeziehungen, die sie knüpfen, schlagen Brücken zwischen Gesellschaften. Sie öffnen Gesellschaften nach außen und befördern Pluralismus. Dies alles ist gerade in Zeiten von Krisen und Erschütterungen sehr wichtig.

Die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung gründet auf Mobilität, Weltoffenheit, Vielfalt und Freiheit der Forschung. Wissenschaft lebt von Austausch, Kooperation und Vielfalt. Wissenschaftskooperationen zu pflegen, wirkt auch friedensichernd. Denn konstruktiver, wissenschaftlicher Dialog ist Teil aktiver Völkerverständigung.

Doch in zahlreichen Ländern stehen diese Prinzipien unter Druck.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden entlassen, mit Arbeitsverbot belegt, bedroht, unter Hausarrest gestellt, inhaftiert oder gar getötet. Beispiele dafür reichen von der Türkei über China bis Ägypten, wie die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Bedrohungs- und Gefährdungslage von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ (Drs. 18/9609), zeigt. Besorgniserregend sind beispielsweise die Entwicklungen in der Türkei nach dem gescheiterten Militärputsch. Kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden der Unterstützung von Terrorgruppen bezichtigt und in der Folge verhaftet oder entlassen.

Vor bisweilen massiven staatlichen wie nichtstaatlichen Repressionen, Angriffen und Übergriffen ist keine Profession sicher. Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sind aber besonders exponiert, weil ihnen besonderes kritisches Potenzial zugeschrieben und eine Antreiberfunktion für sozialen Wandel zugetraut wird.

In Europa schüren (rechts-)populistische Strömungen wissenschaftsfeindliche Stimmungen. Offenkundigen Ausdruck findet das in drastischen Anfeindungen gegen die

Geschlechterforschung. Indem Populisten gegen Pluralismus jeglicher Art polemisieren, geben sie den Kern dessen preis, was Forschung in einer freien Welt ausmacht: Kritik, Ringen um Erkenntnis und Neugier auf Neues.

Die Europäische Union (EU) hat mit der Brexit-Entscheidung vom 23. Juni 2016 einen schmerzlichen Schlag erlitten. Durch das Votum einer knappen Mehrheit der Abstimmenden wird das Vereinigte Königreich die EU und damit auch den europäischen Forschungsraum verlassen. Das stellt die bisher gepflegten Wissenschaftskooperationen und den umfangreiche Austausch von Studierenden, Lehrenden und Forschenden in Frage und auf eine harte Probe.

Wissenschaftsdiplomatie wie auch die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sind seit jeher wesentliche Bestandteile deutscher Außenpolitik. In der jetzigen Situation kommt es darauf an, dass die Bundesregierung die internationale Stärkung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung zu einem zentralen Ziel ihrer Internationalisierungsstrategie macht. Dabei kann Deutschland nicht allein agieren, sondern muss im Rahmen der EU die Wissenschaftsfreiheit als gemeinsamen Wert festigen. Das betrifft vor allem folgende Dimensionen:

Wissenschaftsfreiheit und Mobilität statt Ausgrenzung

Es fehlt an systematischem Wissen über den Grad von Wissenschaftsfreiheit in unterschiedlichen Ländern und den Stand der Gefährdung von Studierenden und Forschenden. Das hat gerade auch die Antwort auf die bereits genannte Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gezeigt. Selbst für Wissenschafts- und Mittlerorganisationen ist es oft schwer, die Lage einzuschätzen. Die Bundesregierung sollte deshalb verstärkt systematisch Wissen in diesem Feld sammeln, bewerten und zur Verfügung stellen.

Im Fall von Ländern, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bedroht, politisch unter Druck gesetzt oder in ihrer Freizügigkeit drastisch eingeschränkt werden, muss die Bundesregierung jede Möglichkeit nutzen, um diesen Eingriffen in die Wissenschaftsfreiheit Einhalt zu gebieten. Das muss in bilateralen politischen Gesprächen und im Rahmen der EU oder anderer multilateraler und internationaler Verhandlungen geschehen.

Um exzellente und international anschlussfähige Forschung in Europa zu erhalten, sollte außerdem alles dafür getan werden, dass mit dem Vereinigten Königreich auch zukünftig tragfähige Forschungsk Kooperationen, Mobilität und Austausch von Forschenden und Studierenden sichergestellt bleiben.

Austausch statt Abwerbung

Hoch Qualifizierte sind international mobil. Ihre Anwerbung gewinnt in einer globalisierten Wissensgesellschaft immer mehr an Bedeutung. Um Brain Circulation im besten Sinne zu befördern, brauchen wir eine Willkommensinfrastruktur. Sie ist die Basis dafür, dass internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Forschungsaufenthalte wahrnehmen und auch verlässliche Bleibeperspektiven entwickeln können.

Verantwortliche Außenwissenschaftspolitik sollte gleichzeitig Brain-Drain-Effekten vorbeugen. Ein umfangreicher dauerhafter Fortzug Hochqualifizierter schmälert die freien Entwicklungschancen insbesondere ärmerer Länder, wenn Forscherinnen und Forscher, die zuvor unter erheblichem finanziellen Aufwand ausgebildet wurden, nicht wieder in ihr Land zurückkehren, weil dort zum Beispiel geeignete Forschungsumgebungen fehlen. Von fairem Austausch profitieren hingegen alle Beteiligten.

Das heißt, Kapazitätsaufbau als wichtige Querschnittsaufgabe von Wissenschaftskooperationen mit Entwicklungsländern zu verankern: Kooperationsbeziehungen sollen so gestaltet werden, dass sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Entwicklungsländern Karriereoptionen und Forschungsinfrastrukturen in den eigenen Ländern bieten.

Vorrang globaler Herausforderungen vor ökonomischer Verwertung

Ökonomisch vielversprechende Forschung findet maßgeblich in Unternehmen statt. Ökonomische Verwertung steht hier im Vordergrund. Öffentliche Forschungsgelder sollten hingegen andere Prioritäten setzen: zum einen die auskömmliche Finanzierung der erkenntnis- und neugiergetriebenen Grundlagenforschung, zum anderen die Erforschung der globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Eine solche Forschungsförderung funktionalisiert freie Forschung nicht als Schrittmacher für bloße Wachstumsimpulse. Die Erforschung globaler Herausforderungen bedeutet, europäische wie auch internationale Forschungskooperationen viel stärker auf solche Fragen zu fokussieren wie: Was kann Forschung dazu beitragen, dass die weltweiten Ziele der 2015 beschlossenen „Sustainable Development Goals“ und des Pariser Klima-Abkommens von Dezember 2015 erreicht werden? Wie können neue Herausforderungen wie Migration und Flucht besser bewältigt werden?

Auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen stehen in der Verantwortung, in ihren jeweiligen Internationalisierungsstrategien die Bewältigung globaler und gesellschaftlicher Herausforderungen stärker in den Vordergrund zu rücken.

Diversität statt Homogenität

Globale Herausforderungen lassen sich nur durch geistige und wissenschaftskulturelle Vielfalt angehen. Forschung kann umso erfolgreicher sein, je unterschiedlicher und damit in ihrer Gesamtheit umfassender die Perspektiven, Erfahrungen und Fragestellungen der Forschenden sind. Voraussetzung aber, um vielfältiges Wissen zu teilen, ist der Zugang zu Wissen. Für die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung stecken enorme Potenziale in der Digitalisierung. Um diese Chancen nutzen zu können, müssen die Hochschulen hierzulande darin unterstützt werden, digitale Lehre und Forschung auf hohem Niveau zu betreiben. Dazu sollen Bund und Länder ein neues zeitlich begrenztes Modernisierungsprogramm auf den Weg bringen. Bis 2020 sollen Bauten und Ausstattung wieder auf der Höhe der Zeit sein und dabei auch die digitalen Infrastrukturen ertüchtigen.

Um den Wissensfluss zu erleichtern, muss sich die Bundesregierung auf nationaler wie EU-Ebene darüber hinaus für ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht einsetzen, so dass endlich die Voraussetzungen für eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke geschaffen werden.

Die Bundesregierung ist aufgerufen, ihre Internationalisierungsstrategie auf diese Leitlinien stärker auszurichten. Wenn sie sowohl in ihrer nationalen wie in ihrer internationalen Wissenschaftspolitik diese Prinzipien umsetzt, werden sowohl Forschung und Wissenschaft in Deutschland entsprechend gestärkt als auch ein Signal nach außen gesendet, für welches Wissenschaftsverständnis Deutschland und im besten Falle auch die EU und die UN stehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ihre Internationalisierungsstrategie so zu überarbeiten, dass die Strategie

- 1) die Freiheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland als auch in den Staaten befördert, mit denen Deutschland kooperiert. Wissen über den Status quo von Wissenschaftsfreiheit und die Bedrohungslage von Studierenden und Forschenden sollten systematisch gesammelt, bewertet und zur Verfügung gestellt werden;
- 2) angesichts der weltweiten Konkurrenz um wissenschaftliches Personal auf Austausch statt auf Abwerbung setzt. Bei Forschungskooperationen mit weniger entwickelten Staaten sollte Kapazitätsaufbau bei den Partnern als Querschnittsauf-

- gabe verankert werden. Nur so kann statt eines „Brain Drain“ auf Kosten der Herkunftsstaaten eine „Brain Circulation“ entstehen, die verlässliche Kooperationen über nationale Grenzen hinweg schafft und der Völkerverständigung nützt;
- 3) mit Blick auf das laufende und zukünftige europäische Forschungsrahmenprogramm und auf öffentlich geförderte internationale Forschungsk Kooperationen stärker auf die Erforschung der globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen fokussiert. Wissenschaftsfremde Indikatoren wie ökonomische Verwertbarkeit dürfen nicht den Vorrang haben. Stattdessen sollen u. a. Forschungsbedarfe stärker berücksichtigt werden, die sich aus den „Sustainable Development Goals“ und dem Pariser Klima-Abkommen ergeben, aber auch aus aktuellen Herausforderungen wie Flucht, soziale Gerechtigkeit, Wahrung der Menschenrechte;
 - 4) die Chancen der Digitalisierung nutzt, um den globalen Wissensaustausch zu intensivieren;
 - 5) das BAföG zu einem Instrument für Auslandsphasen während des Studiums für alle Studierenden werden kann, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Mehr soziale Gerechtigkeit bei der Auslandsförderung durch das BAföG kann nur geschehen, wenn zum einen die Verwaltungspraxis für eine schnellere Bearbeitung sorgt, so dass die Studierenden nicht in Vorleistung treten müssen, zum anderen sollte die Bundesregierung prüfen, ob Studierenden mit Vollzuschuss ein erhöhter Auslandszuschlag bzw. für EU-Mitgliedstaaten überhaupt ein Auslandszuschlag gewährt werden kann;
 - 6) den Mittlerorganisationen wie der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und den Studienwerken einen flexiblen Fonds für Studierende und Promovierende aus Staaten mit gefährdeter Wissenschaftsfreiheit zur Verfügung stellt, um ihnen im Bedarfsfall einen vorübergehenden Studien- oder Forschungsaufenthalt in Deutschland zu ermöglichen;
 - 7) den Mittlerorganisationen wie der AvH, dem DAAD oder den politischen Stiftungen eine auskömmliche Finanzierung sicherstellt, damit sie ihrer Funktion als wichtige Antreiber der Internationalisierung noch besser nachkommen können;
 - 8) die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik weiter stärkt, ausbaut und im Dialog mit Mittlerorganisationen und Zivilgesellschaften auf aktuelle und künftige Herausforderungen ausrichtet.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf, in Zusammenarbeit mit den Ländern die Weichen für die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung weiter zu verbessern, und zwar durch die Einführung einer allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung ferner auf, darauf hinzuwirken, dass mit dem Vereinigten Königreich und der EU auch zukünftig tragfähige Forschungsk Kooperationen, Mobilität und Austausch von Forschenden und Studierenden sichergestellt bleiben.

Berlin, den 18. Oktober 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion